

Bundesrepublik Deutschland

Katrin Böttger/Funda Tekin

Die Europapolitik Deutschlands der letzten zwölf Monate war von einer Vielzahl an Meilensteinen geprägt. Die neu besetzten Institutionen in Brüssel haben ihre mittelfristigen strategischen Agenden formuliert¹ sowie die Konferenz zur Zukunft Europas² konzipiert, der deutsch-französische Motor der europäischen Integration hat in der seit Anfang 2020 andauernden Covid-19-Pandemie zu einem Neustart gefunden und nach dem tatsächlichen Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU zum 1. Februar 2020 werden die zukünftigen Beziehungen beider Seiten verhandelt. Insbesondere muss die EU einen Umgang mit der Covid-19-Pandemie finden und in diesem Zusammenhang der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) neu verhandelt werden. Zusätzlich zu diesen internen Entwicklungen muss die EU die Erweiterung auf dem Westbalkan ins Visier nehmen sowie ihre Beziehungen zu China neu aufstellen. Während dieser europarelevanten Entwicklungen hatte die Bundesregierung die Aufgabe, den Vorsitz im Rat während der zweiten Jahreshälfte 2020 sowie die damit beginnende Trio-Ratspräsidentschaft von Deutschland, Portugal und Slowenien programmatisch vorzubereiten. Auch in diesem Zusammenhang hatte die Covid-19-Pandemie großen Einfluss.³

Deutschland in den Brexit-Verhandlungen

Eine auf den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs am 31. Januar 2020 folgende elfmonatige Übergangsphase, in der das EU-Recht für das Vereinigte Königreich grundsätzlich weiterhin gilt und das Land Teil des EU-Binnenmarktes und der europäischen Zollunion bleibt, soll Gelegenheit dazu bieten, die zukünftigen Beziehungen zwischen den Parteien sorgfältig regeln zu können.⁴ Dennoch zeigt der Brexit bereits Auswirkungen insbesondere auf die deutsch-britischen Wirtschaftsbeziehungen. Das Vereinigte Königreich ist von Platz fünf auf Platz sieben der wichtigsten Handelspartner Deutschlands gefallen, und Schätzungen zufolge ist das jährliche Durchschnittswachstum der deutschen Wirtschaft durch den britischen EU-Austritt um 0,2 Prozent zurückgegangen.⁵ Deutsche Firmen stellen derweil ihre Lieferketten um, weil Handel mit den britischen Inseln unsicherer wird. Im Falle eines sogenannten No-Deal-Szenarios – das heißt keine Einigung über zukünftige Beziehungen bis Ende 2020 – würden darüber hinaus Zölle die Handelsbeziehungen belasten.

1 Europäischer Rat: Eine neue Strategische Agenda 2019-2024, 20.6.2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/39963/a-new-strategic-agenda-2019-2024-de.pdf> (letzter Zugriff: 7.10.2020); Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2020: Fahrplan für eine Union, die mehr erreichen will, 27. Januar 2020, COM(2020) 440 final; vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäischer Rat“ in diesem Jahrbuch.

2 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Konferenz zur Zukunft Europas“ in diesem Jahrbuch.

3 Siehe auch Funda Tekin/Jana Schubert: Deutschlands Corona-Präsidentschaft: Weichenstellung für die Zukunft Europas, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-25/2020, S. 11-17.

4 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Jahrbuch.

5 Rene Wagner: Wie sich der Brexit auf die deutsche Wirtschaft auswirkt, in: Reuters, 31.2.2020.

Die Bundesregierung verfolgt eine zweiteilige Strategie: Zum einen wird ein einheitliches Vorgehen aller Mitgliedstaaten gebündelt im Verhandlungsmandat des EU-Chefunterhändlers Michel Barnier unterstützt. Darüber hinaus gilt die Einheit des Binnenmarktes als oberste Priorität. Zum anderen wurden bereits erste Schritte unternommen, um die Auswirkungen eines No-Deal-Szenarios in den bilateralen Beziehungen abzumildern. Hierzu zählen unter anderem ein Vorschlag für ein deutsch-britisches Freundschaftsabkommen zum Zwecke einer stärkeren Koordinierung im Bereich der Außenpolitik,⁶ die Einstellung von 900 zusätzlichen ZollbeamtenInnen oder ein Paket an legislativen Vorkehrungen wie zum Beispiel ein Abkommen der deutschen und britischen Finanzaufsichtsbehörden über grenzübergreifende Finanzdienstleistungen⁷ sowie ein Gesetzesvorhaben zur Rechtssicherheit für britische StaatsbürgerInnen mit Wohnsitz in Deutschland.

Die deutsche Position zur Beitrittsperspektive des Westbalkans

Nach intensiven Debatten hat der Deutsche Bundestag im September 2019 seine Zustimmung zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien gegeben.⁸ Diese scheiterte jedoch zunächst am Widerspruch Frankreichs, Dänemarks und der Niederlande, die überraschend erst grundlegendere Reformen der Erweiterungspolitik forderten.⁹ Hierauf wurde von deutscher Seite unter Verweis auf destabilisierende Folgen für die Region mit Unverständnis reagiert. Die Aufnahme von Verhandlungen wäre ein richtiges und wichtiges Symbol für Albanien und vor allem Nordmazedonien gewesen, um die Fortschritte beider Länder zu würdigen – nicht zuletzt die Lösung der Namensfrage Nordmazedoniens.¹⁰ Im März 2020 wurde Albanien und Nordmazedonien dann formelle Beitrittsverhandlungen zugesagt. Insbesondere Albanien muss vor der offiziellen Eröffnung der Verhandlungen noch weitere Reformschritte umsetzen. Diese Verhandlungen sollen dann bereits im reformierten Erweiterungsverfahren stattfinden, welches darauf abzielt, den politischen Dialog zwischen Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten zu verstärken.¹¹ Nach dem Willen Deutschlands sollte die EU den schwer gefundenen Worten nun zügig Taten folgen lassen und die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien möglichst schnell aufnehmen.¹²

6 Norbert Röttgen/Tom Tugendhat: Jetzt ist die Zeit für einen Freundschaftsvertrag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.2.2020; vgl. hierzu auch die Beiträge „Albanien“ und „Nordmazedonien“ in diesem Jahrbuch.

7 Robert Mudge: Das Brexit-Patt: Johnson trifft Merkel, in: Deutsche Welle, 1.8.2019.

8 Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland: Pressemitteilung: Bundestag stimmt Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien zu – ein wichtiger Schritt für den Erweiterungsprozess, 27.9.2019, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/germany/news/20190927-beitrittsverhandlungen-albanien-nordmazedonien_de (letzter Zugriff: 26.10.2020).

9 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

10 Siehe hierzu Interview mit Katrin Böttger in: Ansgar Graw: Maas will den „größten Fehler“ der EU abfedern, in: Die Welt, 13.11.2019; Charles Grant: Can France and Germany steer Europe to success?, in: Centre for European Reform Annual Report 2019, abrufbar unter: https://www.cer.eu/sites/default/files/annual_report_2019.pdf (letzter Zugriff: 26.10.2020), hier S. 8.

11 Europäische Kommission: Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan, 5. Februar 2020, COM(2020) 57 final, hier S. 3f.

12 Auswärtiges Amt: Gemeinsam. Europa wieder stark machen. Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Juni 2020, abrufbar unter: <https://www.eu2020.de/blob/2360246/d0e7b758973f0b1f56e74730bfdaf99d/pdf-programm-de-data.pdf> (letzter Zugriff: 7.10.2020), hier S. 21f.

Die EU-China-Beziehungen

In Vorbereitung auf die EU-Ratspräsidentschaft räumt Deutschland dem europäisch-chinesischen Verhältnis einen hohen Stellenwert ein und sieht die Notwendigkeit eines selbstbewussten und entschlossenen Auftretens gegenüber der chinesischen Regierung.¹³ Die Beziehungen zwischen China und der EU sind jedoch ambivalent, was die Einordnung Chinas als „strategischen Partner, wirtschaftlichen Wettbewerber, und systemischen Rivalen“¹⁴ durch die Europäische Kommission im März 2019 zeigt. Neben der Sicherheits- und Handelspolitik wird ebenso in der Klimapolitik die Notwendigkeit einer engen Kooperation mit China unterstrichen¹⁵. Hier zeigten sich jedoch erneut Konflikte über Investitionsregelungen und Marktzugänge für europäische Firmen.¹⁶ Diese Streitpunkte sollen unter der deutschen Ratspräsidentschaft geklärt und ein Investitionsabkommen geschlossen werden, was angesichts der hohen Zahl an Konflikten immer unrealistischer erscheint.

Hinzu kommt, dass die Abhängigkeit von chinesischen Lieferketten insbesondere durch die Covid-19-Pandemie offensichtlich wurde und zunehmend kritisiert wird. Das deutsch-chinesische Verhältnis war jedoch bereits vorher von Konflikten geprägt. So verschärfte Deutschland innerhalb des europäischen „Rechtsrahmens zur Überprüfung von Investitionen“ seine regulatorischen Auflagen für ausländische Investitionen im Hinblick auf ungewollte Technologie- und Wissenstransfers nach China durch den Kauf europäischer Firmen.¹⁷

Aufgrund der zu erwartenden Rezession im Jahr 2020 und der bedeutenden wirtschaftlichen deutsch-chinesischen Beziehungen agiert Deutschland jedoch insgesamt vorsichtig in Bezug auf konkrete Maßnahmen gegen China.¹⁸ Anders als viele EU-Mitgliedstaaten schließt es beispielsweise das chinesische Unternehmen Huawei nicht vom Ausbau des 5G-Netzes aus.¹⁹ Allerdings wird die Ratsentscheidung, Exportbeschränkungen für Überwachungstechnologie, Rüstungsgüter und Dual-Use-Güter in Reaktion auf das chinesische Sicherheitsgesetz vom Juli 2020 zu verhängen, unterstützt. Die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft werden jedoch als gering eingestuft.²⁰ Darüber hinaus hat Deutschland, wie vom Rat gefordert,²¹ die Auswirkung des Sicherheitsgesetzes auf die Asyl-, Migrations-, Visa- und Aufenthaltspolitik geprüft und das Auslieferungsabkommen mit China aufgekündigt.²² Wirtschaftsminister Peter Altmaier betonte jedoch, dass man

13 Angela Merkel: Rede von Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen der Veranstaltung „Außen- und Sicherheitspolitik in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, 27.5.2020, abrufbar unter: <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-im-rahmen-der-veranstaltung-aussen-und-sicherheitspolitik-in-der-deutschen-eu-ratspraesidentschaft-der-konrad-adenauer-stiftung-am-27-mai-2020-1755884> (letzter Zugriff: 7.10.2020).

14 Europäische Kommission: EU-China – A strategic outlook, 12.5.2020, JOIN(2019) 5 final.

15 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und China“ in diesem Jahrbuch.

16 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Wettbewerbspolitik“ in diesem Jahrbuch.

17 Andrew Small: The meaning of systemic rivalry: Europe and China beyond the pandemic, in: European Council on Foreign Relations 321/2020, S. 3-18.

18 Mu Cui: Europa sucht neue Ansätze für Chinapolitik, in: Deutsche Welle, 2.7.2020; Yasmin Samrai: Trading with the frenemy: Germany's China policy, in: European Council on Foreign Relations, 30.10.2020.

19 Reuters: Deutschland folgt Briten bei Huawei-Ausschluss bei 5G nicht, 15.7.2020; vgl. hierzu auch den Beitrag „Digitale Agenda und Cybersicherheit“ in diesem Jahrbuch..

20 Redaktionsnetzwerk Deutschland: Hongkong-Krise: Sanktionen haben nur geringe Auswirkung, 14.8.2020.

21 Rat der Europäischen Union: Council conclusions on Hong Kong, 24.7.2020, Dok. PRESSE 520.

22 Zeit Online: Maas kündigt Reaktionen auf Sicherheitsgesetz für Hongkong an, 22.7.2020.

„Wandel durch Handel“ erreichen müsse und Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstrich, dass Hongkong zwar ein „schwieriger Punkt“ sei, aber kein Grund darstelle, „nicht weiter mit China im Gespräch zu bleiben“.²³

Deutsche Europapolitik in Zeiten der Covid-19-Pandemie

Aufgrund limitierter EU-Kompetenzen im Bereich der Gesundheitspolitik, die sich im Wesentlichen auf Koordination beschränken, verfolgten die EU-Mitgliedstaaten zu Beginn der Pandemie zunächst nationalstaatliche Lösungen.²⁴ Auch Deutschland hat als erste Reaktion ein Exportverbot für medizinische Schutzausrüstungen sowie Grenzschließungen verhängt, wobei argumentiert wurde, dass dies eine Reaktion auf die Beschlagnahmung aller Masken in Frankreich gewesen sei.²⁵

Ab März 2020 wurden dann einige hundert IntensivpatientInnen aus europäischen Nachbarländern in Deutschland behandelt und BürgerInnen anderer EU-Staaten im Rahmen der deutschen Rückholaktionen zurück nach Europa gebracht.²⁶ Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande etablierten zudem eine „inklusive Impfallianz“, um die Forschung an einem Impfstoff gegen Covid-19 voranzutreiben.²⁷

Vor allem wurde das europäische Engagement der Bundesrepublik auf höchster politischer Ebene deutlich. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte am 11. April 2020, dass Deutschland nicht stark und gesund aus der Krise kommen könne, wenn seine Nachbarn nicht auch stark und gesund seien.²⁸ Auch Merkel machte deutlich, dass die Bewältigung der Covid-19-Pandemie europäisch gedacht werden müsse. Es handele sich um einen „Kampf“ für die europäische Idee gegen wachsende nationale Skepsis. Hierfür brauche es mutige Vorschläge, denn, so Merkel, „der Nationalstaat alleine hat keine Zukunft.“²⁹ Darüber hinaus stellte die Bundesregierung mit Blick auf Entwicklungen in Ungarn und Polen früh klar, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie die Meinungs- und Pressefreiheit nicht beschränken dürften.³⁰

23 Angela Merkel: Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsident Conte, 13.7.2020, abrufbar unter: <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-ministerpraesident-conte-am-13-juli-2020-1768530> (letzter Zugriff: 26.10.2020).

24 Johannes Leithäuser/Thomas Gutschker: Als in der Corona-Krise die europäische Idee versagte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.3.2020; vgl. hierzu auch den Beitrag „Gesundheits- und Verbraucherpolitik“ in diesem Jahrbuch.

25 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Pressemitteilung: Vorübergehende Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu Österreich, der Schweiz, Frankreich, Luxemburg und Dänemark, 15.3.2020, abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/03/grenzschliessung-corona.html> (letzter Zugriff: 26.10.2020).

26 Auswärtiges Amt: Wie Deutschland Europa in der Coronakrise hilft, 17.4.2020, abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/maas-corona-europa/2328038?openAccordionId=item-2331242-0-panel> (letzter Zugriff: 7.4.2020).

27 Ärzteblatt: Deutschland, Frankreich, Italien und Niederlande schließen Impfbündnis, 4.6.2020.

28 Frank Walter Steinmeier: „Wir stehen jetzt an einer Wegscheide“, Fernsehansprache zur Corona-Pandemie vom 11.4.2020, abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/04/200411-TV-Ansprache-Corona-Ostern.html> (letzter Zugriff: 26.8.2020).

29 Bundesregierung: Die Krise geeint bewältigen und gestärkt aus ihr hervorgehen, 18.5.2020, abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/die-krise-geeint-bewaeltigen-und-gestaerkt-aus-ihr-hervorgehen-1753828> (letzter Zugriff: 21.8.2020).

30 Regierung der Niederlande: Statement by Belgium, Bulgaria, Cyprus, Denmark, Estonia, Finland, France, Germany, Greece, Ireland, Italy, Latvia, Lithuania, Luxembourg, the Netherlands, Portugal, Romania, Spain, Sweden, 1.4.2020, abrufbar unter: <https://www.government.nl/documents/diplomatic-statements/2020/04/01/statement-by-belgium-denmark-finland-france-germany-greece-ireland-italy-luxembourg-the-netherlands-portugal-spain-sweden> (letzter Zugriff: 7.10.2020).

Eine solche Bestätigung deutscher Europapolitik war auch deshalb wichtig, weil Deutschland vergleichsweise gut durch die erste Welle der Pandemie gekommen war. Die Covid-19-Pandemie selbst stellt einen symmetrischen Schock für die gesamte EU dar. Ihre Auswirkungen in den einzelnen Mitgliedstaaten sind jedoch von asymmetrischem Ausmaß.³¹ So zeigt sich die deutsche Wirtschaft, wenn auch nicht unbeschadet, vergleichsweise widerstandsfähig.³²

Allerdings leidet besonders der deutsche Exportsektor unter der Pandemie.³³ Im ersten Halbjahr 2020 sind die Exporte Deutschlands um 13,4 Prozent auf 576,8 Mrd. Euro zurückgegangen. Die Ausfuhren in die EU reduzierten sich bis Juni 2020 um 11 Prozent, während die Exporte in die USA um 20,7 Prozent zurückgingen. Der Warenverkauf nach China andererseits zog um 15,4 Prozent an.³⁴

Die Bundesregierung hat ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stützung der deutschen Wirtschaft verabschiedet, welches Kurzarbeit, Steuererleichterungen, einen Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit Kreditgarantien von 400 Mrd. Euro sowie Soforthilfen und Zuschüsse für Selbstständige umfasst,³⁵ um die wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie abzufedern. Für die Finanzierung wurde ein Nachtragshaushalt von 485 Mrd. Euro beschlossen, für dessen Neuverschuldung von 156 Mrd. Euro die Schuldenbremse des Grundgesetzes aufgehoben wurde.³⁶ Die Notwendigkeit von Wirtschaftshilfen führte daher zu einem Ende der Politik der „Schwarzen Null“, ohne zunächst große Kritik aus den Reihen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und Christlich Sozialen Union in Bayern (CSU) hervorzurufen.³⁷

Neue Stabilität in deutsch-französischem Tandem und großer Koalition

In der Covid-19-Pandemie kam es zu einer Restabilisierung der Bundesregierung nach eher unruhigen Monaten Ende 2019 und Anfang 2020, in denen beide Parteien der großen Koalition auf der Suche nach neuen Führungsfiguren waren. Während die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nach einem langwierigen und die Partei lähmenden Prozess der Suche Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken im November 2019 als Parteivorsitzende gewählt hatten, beschäftigte die CDU die Frage eines neuen Parteivorsitzes und somit auch indirekt die des beziehungsweise der KanzlerkandidatIn (K-Frage) Anfang 2020. Annegret Kramp-Karrenbauer hatte ihren Rücktritt angekündigt, nachdem Thomas Kemmerich von der Freien Demokratischen Partei (FDP) am 5. Februar 2020 durch Stimmen der FDP, CDU und Alternative für Deutschland (AfD) kurzzeitig

31 Hartmut Kaelble: Durch eine neuartige Krise überrascht: Die Europäische Union und die Coronakrise, in: *Integration* 4/2020, im Erscheinen.

32 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Frühjahrsprognose 2020: Tiefe und ungleichmäßige Rezession, ungewisse Erholung, 6.5.2020, IP/20/799.

33 Destatis: Wirtschaftliche Auswirkungen, 2020, abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Wirtschaft/kontextinformationen-wirtschaft.html> (letzter Zugriff: 30.9.2020).

34 Destatis: Außenhandel August 2020, abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/aussenhandel-detaildaten.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 9.10.2020).

35 Deutsche Bundesregierung: Kampf gegen Corona: Größtes Hilfspaket in der Geschichte Deutschlands, 22.5.2020, abrufbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html> (letzter Zugriff: 2.10.2020).

36 Martin Greive/Jan Hildebrand: 1,2 Billionen Euro gegen die Coronakrise, in: *Handelsblatt*, 22.3.2020.

37 Judy Dempsey: Germany's handling of the coronavirus will fundamentally change Europe's economic and political direction, in: *Carnegie Europe View From Berlin*, 9.9.2020.

zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt worden war.³⁸ Nachdem die Covid-19-Pandemie auch Deutschland erreicht hatte, wurde diese „K-Frage“ in der CDU/CSU jedoch erst einmal beiseitegeschoben. Dies ermöglichte eine innerparteiliche sowie koalitionsübergreifende Einheit, die unter der Leitung der krisenerprobten Kanzlerin für das gemeinsame Krisenmanagement notwendig war. Insbesondere die CDU/CSU profitierte in den Umfragen zu Anfang der Krise, als die Unterstützung für die Union auf 40 Prozent anstieg.

Somit konnte eine stabilisierte Bundesregierung in der Krise agieren, was auch ein Erstarken des lange Zeit eher unterkühlten deutsch-französischen Verhältnisses ermöglichte.³⁹ Erinnerungen an die Finanzkrise von 2008/2009 ließen zunächst befürchten, dass sich beide Länder während der Aushandlung von Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen der Pandemie erneut im Rahmen der Nord-Süd-Teilung der EU in Kernfragen der finanzpolitischen Solidarität unversöhnlich gegenüberstehen würden. Angela Merkel und Emmanuel Macron legten jedoch einen gemeinsamen deutsch-französischen Vorschlag für den europäischen Wiederaufbau vor und ermöglichten damit eine gemeinsame und erstmalige Schuldenaufnahme durch die Europäische Kommission.⁴⁰

Dieser gemeinsame Vorstoß überraschte die nördlichen Mitgliedstaaten und eine Gruppe der sogenannten „Sparsamen Vier“, namentlich die Niederlande, Schweden, Dänemark und Österreich, legte Gegenvorschläge in einem hastig formulierten Non-paper dar.⁴¹ Sie forderten, dass der Fonds nur aus Krediten bestehe, auf zwei Jahre begrenzt bleibe und nicht zu gemeinsamen Schulden führe.⁴² Die größte Sorge war, dass Deutschland sich nun auch in Zukunft auf die Seite der südlichen Mitgliedstaaten schlagen würde.

Das Hauptziel der deutsch-französischen Initiative war es, einen Krisenmechanismus zu etablieren, um die Belastungsfähigkeit, Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaften sicherzustellen.⁴³ Darüber hinaus setzten Deutschland und Frankreich ein wichtiges Zeichen für europäische Solidarität der gemeinsamen Verantwortungsübernahme. Die Bundesregierung betont, dass eine langfristige Transfer- oder Schuldenunion nicht Gegenstand der Pläne sei.⁴⁴

Der MFR und der europäische Wiederaufbaufonds

Während der Wirtschaftseinbruch in Deutschland bislang geringer ausgefallen ist als erwartet, ist in der EU das Gegenteil der Fall, wo das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um circa

38 Tagesspiegel: Das ist Kramp-Karrenbauers Zeitplan für ihre Nachfolge, 15.2.2020.

39 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Frankreich“ in diesem Jahrbuch.

40 Jonathan Hackenbroich: Wie Karlsruhe den deutsch-französischen Motor wieder anwarf, in: European Council on Foreign Relations, 25.5.2020.

41 Österreichische Bundesregierung: Non-paper EU support for efficient and sustainable COVID-19 recovery, 23.5.2020, abrufbar unter: <https://g8fip1kplyr33r3krz5b97d1-wpengine.netdna-ssl.com/wp-content/uploads/2020/05/Fugal-Four-Non-Paper.pdf> (letzter Zugriff: 7.10.2020).

42 Holger Beckmann: Wie der Wiederaufbaufonds aussehen könnte, in: Tagesschau, 27.5.2020; Bundeskanzleramt Österreich: Bundeskanzler Kurz: Enge Abstimmung der „Sparsamen Vier“-Staaten – Beitrag darf nicht ins Unermessliche steigen, 20.2.2020, abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2020/bundeskanzler-kurz-zu-eu-budget-oesterreichische-interessen-wahren-und-in-zukunftsbereiche-investieren.html> (letzter Zugriff: 21.8.2020).

43 Deutsche Bundesregierung: Pressemitteilung: A French-German Initiative for the European Recovery from the Coronavirus Crisis, 18.5.2020, Dok. 173/20.

44 Deutsche Bundesregierung: Gestärkt aus der Krise kommen, 18.5.2020, abrufbar unter: www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/dt-franz-initiative-1753644 (letzter Zugriff: 30.9.2020).

zwölf Prozent gesunken ist.⁴⁵ Vor diesem Hintergrund einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs am 20. Juli 2020 auf den siebenjährigen MFR in Höhe von 1.074 Mrd. Euro und einen Wiederaufbaufonds, welcher die Aufnahme gemeinsamer europäischer Schulden ermöglicht.⁴⁶ Grundlage hierfür war der auf der oben erwähnten deutsch-französischen Initiative basierende Kommissionsvorschlag „Next Generation EU“, welcher 500 Mrd. Euro an Zuschüssen und 250 Mrd. Euro an Krediten forderte, um die krisengeplagte europäische Wirtschaft zu stützen.⁴⁷ In diesem Kontext unterstrich Merkel erneut, wie wichtig die Flankierung nationaler durch europäische Maßnahmen zur Krisenbekämpfung sei.⁴⁸

Letztendlich einigte sich der Europäische Rat im Juli 2020 auf Zuschüsse in Höhe von 390 Mrd. Euro und Kredite von 360 Mrd. Euro. Zurückgezahlt werden soll das Geld bis 2058 über den Haushalt sowie durch eine neu einzurichtende Digitalsteuer, eine Kohlenstoffdioxid-Grenzsteuer, Abgaben für nicht recyclingfähigen Verpackungsmüll und eine europäische Finanztransaktionssteuer.⁴⁹ Deutschland konnte sich mit seiner Position, das Geld früher zurückzuzahlen, ebenso wenig durchsetzen wie mit der Forderung, die Auszahlung der Gelder an Rechtsstaatsprinzipien zu koppeln. Zwar soll es „Konditionalitätsregelungen“ für die Vergabe der Gelder geben, die der Rat mit qualifizierter Mehrheit annehmen kann, jedoch werden die Formulierungen und getroffenen Beschlüsse als zu vage eingeschätzt, um nachhaltig Wirkung zu entfalten.

Auch in den Verhandlungen zum MFR ist ein Wandel in der deutschen Position zu beobachten. So hat Deutschland ähnlich wie bei der Unterstützung der gemeinsamen Schuldenaufnahme seine ablehnende Haltung zur Deckelung des MFR-Beitrages auf ein Prozent des BIP aufgegeben.⁵⁰

Ausblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft

Die Covid-19-Pandemie stand schnell im Zentrum der Vorbereitungen der deutschen Ratspräsidentschaft.⁵¹ Merkel betonte bereits Ende April 2020, die Notwendigkeit, die Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft anzupassen.

Hauptaufgabe der Ratspräsidentschaft wird es daher sein, zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu vermitteln, um die Pandemie gemeinsam zu bewältigen.⁵² Darüber hinaus werden die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen und die Ausgestaltung der Beziehungen zum Vereinigten Königreich die deutsche Ratspräsidentschaft beschäftigen. Es bleibt abzuwarten inwieweit daneben Zeit und Raum bleibt, weitere drängende Themen wie Klimaschutz, Digitalisierung und Europas Rolle in der Welt anzugehen.

45 Eurostat: Pressemitteilung: Vorläufige Schnellschätzung für das zweite Quartal 2020, 31.7.2020, Dok. 121/2020.

46 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

47 Europäische Kommission: Europäischer Aufbauplan, 27.5.2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de (letzter Zugriff: 21.8.2020).

48 Deutsche Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, 18. Juni 2020, Dok. 67-1.

49 Europäischer Rat: Europäischer Rat, außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (17., 18., 19., 20. und 21. Juli 2020) – Schlussfolgerungen, EUCO 10/20, S. 6f.

50 Siehe hierzu unter anderem Katrin Böttger/Funda Tekin: Germany’s EU Council Presidency 2020 – Achieving more than managing expectations in challenging times, in: Berlin Perspectives 1/2020, S. 1-4; Günther Bannas: Die große Kehrtwende der Union, in: Deutschlandfunk, 23.5.2020.

51 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie“ in diesem Jahrbuch.

52 Auswärtiges Amt: Programm der deutschen Ratspräsidentschaft, 2020.

Weiterführende Literatur

Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden, im Erscheinen.

Katrin Böttger/Funda Tekin: Germany: Eurosceptics and the Illusion of an Alternative, in: Michael Kaeding/Johannes Pollak/Paul Schmidt (Hrsg.): Euroscepticism and the Future of Europe – Views from the Capitals, Basingstoke 2020, S. 51-53.

Barbara Lippert: Ohne Leitbild? Perspektiven deutscher Europapolitik, in: Barbara Lippert/Günther Maihold (Hrsg.): Krisenlandschaften und die Ordnung der Welt, in: SWP-Studie 18/2020, S. 57-63.